

Gemeinsam für mehr ehrenamtliches Engagement junger Ärzt:innen

Bericht von der Delegiertenversammlung am 26. Juni 2024

Im Fokus der 5. Delegiertenversammlung des Jahres standen die Ärzt:innen in Weiterbildung. An wen können sie sich vertrauensvoll wenden? Und wie kann ihnen und ihren Anliegen in der Kammer wirksam Raum gegeben werden? Über beide Fragen diskutierten die Delegierten ausführlich und intensiv.

Die Arbeit der Delegiertenversammlung wird für die Öffentlichkeit nachvollziehbarer. Auf die Frage der Fraktion Gesundheit nach dem Stand der im Februar 2024 beschlossenen Forderung nach einem Konzept zur besseren Sichtbarkeit des kammerpolitischen Diskurses teilte der Vorstand schriftlich mit, dass die zur Veröffentlichung geeigneten Anträge, Beschlüsse und sonstigen Dokumente der Delegiertenversammlung wie geplant seit dem 21. Juni 2024 auf der Website der Ärztekammer Berlin veröffentlicht wurden. Zudem soll der Delegiertenversammlung im vierten Quartal 2024 ein Konzept für mehr Sichtbarkeit des kammerpolitischen Diskurses vorgestellt werden. Mit energischem Tischklopfen dankten die Delegierten für die Umsetzung durch das Hauptamt.

PD Dr. med. Peter Bobbert (Marburger Bund), Präsident der Ärztekammer Berlin, ergänzte die schriftlichen Mitteilungen des Vorstandes um die Information, dass die Abteilung Weiterbildung / Ärztliche Berufsausübung um drei zusätzliche Stellen für Sachbearbeiter:innen aufgestockt werde. Die Projektstellen seien auf zwei Jahre befristet. Durch die personelle Aufstockung sollen die telefonische Erreichbarkeit verbessert und zudem an anderer Stelle Kapazitäten für eine schnellere Bearbeitung von Befugnissen freigesetzt werden. Bobbert berichtete weiter, dass in der Vorstandssitzung am 27. Mai 2024 die Arbeitsgruppe „Fachärztin/Facharzt für klinische Akut- und Notfallmedizin“ gegründet worden sei. Den Vorsitz habe Dr. med. Thomas Werner (Marburger Bund) übernommen.

Der 128. Deutsche Ärztetag in Mainz habe mit der Resolution „Nie wieder! Ärztinnen und Ärzte in Deutschland stehen für Demokratie, Pluralismus und Menschenrechte“ ein deutliches Zeichen gesetzt, so Bobbert. Die Resolution sei ein wichtiger Schritt gewesen, aber es komme auf die Taten an. Mit Sorge betrachte er die politische Entwicklung in Deutschland. Der Ton im Umgang miteinander habe sich verändert: Es vergehe kein Tag, an dem Mitarbeitende im Gesundheitswesen nicht verbal und körperlich angegriffen würden – zum Teil aus rechtsradikalen Motiven. Das mache ihn fassungslos,

sagte Bobbert. „Wir als Ärztekammer werden so etwas niemals tolerieren. Weder im Großen noch im Kleinen: Wir tragen Verantwortung.“ Man müsse in der Auseinandersetzung immer den richtigen Ton finden. Das gelte auch in den Gremien. Kritik zu üben sei richtig, aber wenn der Ton nicht stimme, werde man das nicht tolerieren. Er sicherte den Mitarbeitenden der Ärztekammer Berlin seine volle Unterstützung zu. „In der Friedrichstraße sind unsere Werte stabil – egal was passiert“, betonte der Präsident.

Berichte aus den Ausschüssen

Es folgte ein Vortrag von Prof. Dr. med. Wulf Pankow (Fraktion Gesundheit) zur Arbeit des Weiterbildungsausschuss I – Innere Medizin (WBAI), in den dieser vor über 20 Jahren berufen worden war. „Wir kümmern uns im Ausschuss um die Weiterbildung von 6.500 Internistinnen und Internisten. Wir kümmern uns um 11 Kompetenzen und 20 Zusatz-Weiterbildungen“, berichtete er. Berlin sei innovativ, auch im bundesweiten Maßstab. „Wir waren die Ersten, die die Zusatz-Weiterbildungen Ernährungsmedizin und Notfallmedizin und die Facharztweiterbildungen Innere Medizin und Geriatrie sowie Innere Medizin und Infektiologie eingeführt haben. Andere Landesärztekammern sind uns gefolgt.“ Mit dem Inkrafttreten der Weiterbildungsordnung von 2021 habe die Arbeit deutlich zugenommen, so Pankow. Die Prüfungsanträge seien um ein Drittel gestiegen, die Weiterbildungsanträge hätten sich verdoppelt und die Facharztprüfungen seien von 2022 zu 2023 um 15 Prozent gestiegen. Abschließend dankte Pankow den ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitenden. Sie hätten ihn in den vergangenen 20 Jahren viel unterstützt.

Anschließend trug Dr. med. Klaus Thierse (Marburger Bund) als Vorsitzender des Gemeinsamen Weiterbildungsausschusses zu einer Anfrage der Fraktion Gesundheit an den Vorstand vor, die in der vergangenen Delegiertenversammlung gestellt worden war. Diese bezog sich auf Anträge der Fraktion Gesundheit zur Anerkennung von Weiterbildungsabschnitten in Teilzeit und von kürzeren Weiterbildungsabschnitten, die in der Delegiertenversammlung am 26. April 2023 besprochen wurden.

Nach intensivem Austausch und auf Empfehlung der Jurist:innen der Ärztekammer Berlin wurden diese seinerzeit zurückgezogen und dem Gemeinsamen Weiterbildungsausschuss als Arbeitsauftrag übergeben.

Vertrauensperson in Weiterbildungsfragen: Fortsetzung der Debatte

Die Delegierten hatten in der vergangenen Sitzung Hausaufgaben erhalten: Sie sollten sich eine Meinung darüber bilden, ob das Amt beziehungsweise das Statut der Vertrauensperson in Weiterbildungsfragen geändert werden sollte. Es folgte eine lebhaft diskutierte Diskussion.

Thierse stellte klar, dass die Vertrauensperson in der Lage sein müsse zu vermitteln. Das Amt könne über die ärztliche Weiterbildung hinaus um weitere Aufgabengebiete erweitert werden. Dagegen argumentierte Dr. med. Eva Müller-Dannecker (FrAktion Gesundheit), das Amt solle so bleiben, wie es ist. Eine Erweiterung des Aufgabengebietes halte sie nicht für sinnvoll. Man solle das Amt nicht „überfrachten“. Das Statut könne daher aus ihrer Sicht so bleiben, wie es ist.

Julian Veelken (FrAktion Gesundheit) betonte, er halte es für wichtig, dass es eine solche Ansprechperson gebe. Natürlich solle man die Vertrauensperson nicht mit Banalitäten zuschütten, aber es gebe eine große Unzufriedenheit in der ärztlichen Weiterbildung, die geklärt werden müsse. Eine niederschwellige Erreichbarkeit der Vertrauensperson müsse gewährleistet sein, dazu müsse die Sichtbarkeit auf der Website der Kammer verbessert werden. Außerdem müssten die Zuständigkeiten geklärt werden, damit es am Ende der Berichte des Ombudsmannes nicht heiße: „In der Weiterbildung scheint es keine tiefgreifenden Probleme zu geben“. Jeder wisse, dass dem nicht so sei.

Über die Funktion der Vertrauensperson sei man sich einig, so Werner, und auch über die Erhöhung der Präsenz auf der Website habe man auch schon mehrfach gesprochen – „da müssen wir ran“. Spezielle Themen der ärztlichen Weiterbildung, wie zum Beispiel die Krankenhausreform und deren Auswirkungen, müssten in den Ausschüssen bleiben. Der Vertrauensperson sollten daher keine zusätzlichen Aufgaben übertragen werden, die in die bestehenden Gremien gehören.

Dr. med. Regine Held (Allianz Berliner Ärztinnen und Ärzte – MEDI Berlin – Virchowbund) konstatierte, dass ihre Liste ursprünglich gegen das Amt gewesen sei. Nun habe man die Vertrauensperson und sie koste nichts, daher solle man das Angebot für die nächsten fünf Jahre auch so belassen. Und Matthias Marschner (FrAktion Gesundheit) erklärte: „Gerade im Zuge der Krankenhausreform brauchen wir niederschwellige Angebote“. Er plädierte dafür, das Amt in seiner bestehenden Form beizubehalten. Dr. med. Sara Arewa (FrAktion Gesundheit)

ergänzte, sie sei Ärztin in Weiterbildung und berichtete, dass viele ihrer Kolleg:innen bei der Schilderung von Problemen in der ärztlichen Weiterbildung anonym bleiben wollen. Sie habe lange nicht gewusst, an wen sie sich wenden könne. Vor etwa vier Wochen habe sie sich jedoch schriftlich an die Vertrauensperson gewandt, bisher aber noch keine Antwort erhalten.

Anonym zu bleiben, sei bei einem konkreten Problem schwierig, antwortete Werner. Und Dr. med. Klaus-Peter Spies (Allianz Berliner Ärztinnen und Ärzte – MEDI Berlin – Virchowbund) ergänzte, dass man die Vertrauensperson natürlich zunächst anonym anrufen könne, aber zur Klärung des Problems Namen nennen müsse. „Wo kein Kläger, da kein Richter“, schloss er. Ross und Reiter müssten schon beim Namen genannt werden, bekräftigte Thierse anschließend. Die Vertrauensperson könne später auch anonym an den Weiterbildungsausschuss (WBA) berichten. Auch bei Konflikten mit dem Vorgesetzten könne man sich anonym an den zuständigen WBA wenden, ergänzte Pankow. Betroffene Ärzt:innen wollen nach seiner Erfahrung eine Beratung mit Handlungsoptionen. Diese aufzuzeigen, sei die wichtigste Aufgabe der Vertrauensperson.

„Ich bin überzeugt, dass wir eine Vertrauensperson brauchen. Ich bin dafür, das Statut so zu belassen, wie es ist, und es nicht abzuschaffen“, so Bobbert. Er sehe auch keine Notwendigkeit, es zu ändern. Es sei wichtig zu wissen, dass die Kammer ehrenamtlich arbeitende Weiterbildungsausschüsse habe, um Herausforderungen und Problemfälle vertrauensvoll zu behandeln und zu lösen. Deshalb seien die Ausschusssitzungen nicht öffentlich. Bisherige Probleme seien von den ärztlichen Mitgliedern des WBA hervorragend und vertrauensvoll gelöst worden. Die Ärzt:innen in Weiterbildung müssten wissen, dass sie zum Beispiel die Vorsitzenden der Ausschüsse kontaktieren können. „Es ist an uns allen zu kommunizieren, warum wir diese Ausschüsse haben“, sagte er. Dr. med. Claudio Freimark (Marburger Bund) regte anschließend an, man solle doch in der übernächsten Ausgabe der „Berliner Ärzt:innen“ zwei fiktive Fälle aus der ärztlichen Weiterbildung dar- und den Weiterbildungsausschuss vorstellen.

Abschließend informierte Bobbert, dass der bisherige Ombudsmann Weiterbildung, Dr. med. Johannes Bruns, nicht mehr kandidieren wolle. Daher seien alle aufgerufen, nach einer geeigneten Person zu suchen. Die Neubesetzung des Amtes der Vertrauensperson sei für die 6. Delegiertenversammlung am 4. September 2024 vorgesehen. In der anschließenden Abstimmung wurde mit großer Mehrheit dafür gestimmt, das Statut unverändert zu lassen.

Auf den mehrheitlichen Beschluss der Delegiertenversammlung für die überbetriebliche Ausbildung der Ärztekammer

Berlin für auszubildende Medizinische Fachangestellte folgten Wahlen von Prüfer:innen für die Prüfungsausschüsse sowie für die Fachsprachprüfungen. Nach kurzer Diskussion wurde die Prüferliste bei einer Enthaltung einstimmig angenommen.

Anschließend wurde über den digitalen Tätigkeitsbericht des Vorstandes der Ärztekammer Berlin für das Jahr 2023 abgestimmt. Veelken merkte zunächst an, dass dieser zwar wieder sehr gut, aber seiner Meinung nach zu unpolitisch sei. Bobbert antwortete, dass diese Anregung aufgenommen werde. Der Tätigkeitsbericht 2023 wurde bei vier Enthaltungen einstimmig beschlossen.

Wie gelingt die Verjüngung in den Gremien der Kammer?

Der Antrag der Fraktion Gesundheit, ein Forum für Ärztinnen und Ärzte in Weiterbildung einzurichten, führte zu einer lebhaften Diskussion.

Veelken übernahm die mündliche Erläuterung des Antrages, der von Dr. med. Helene Michler und Dr. med. Sara Arewa (beide Fraktion Gesundheit) eingebracht worden war. Der 128. Deutsche Ärztetag habe gezeigt, dass verschiedene Ärztekammern bemüht seien, junge Kolleg:innen mehr einzubinden. Erfahrungsgemäß sei die Hürde für junge Ärzt:innen in Weiterbildung, sich in der Kammer zu engagieren, sehr hoch. Bei einer Wahlbeteiligung von nur 34 Prozent bei den Kammerwahlen im vergangenen Jahr müsse man sich fragen, woran das liege. Deswegen müsse es ein niedrigschwelliges Angebot für junge Ärzt:innen geben, sodass sie sich im „Dunstkreis der ÄKB“ bewegen könnten. Für das Forum solle die Kammer lediglich einen Raum zur Verfügung stellen. Nur wenn es aus dem Kreis der jungen Ärzt:innen Fragen geben sollte, sollten Vertreter:innen aus Haupt- und Ehrenamt an den Treffen teilnehmen. Zwei Gegenargumenten wolle er gleich entgegentreten, fuhr Veelken fort. 1. Ein solches Forum sei mit der Hauptsatzung der Ärztekammer Berlin nicht vereinbar. Seine Liste wolle daher bewusst ein niedrigschwelliges Angebot an der Hauptsatzung vorbei machen. 2. Die Kammer dürfe zu einem solchen Treffen nicht einladen. Dazu könne er nur sagen: „Nur Mut!“ – selbstverständlich könne die Kammer zu einem solchen Treffen einladen. Es solle kein Ausschuss oder Arbeitskreis sein, vielmehr solle das Forum von den Teilnehmenden selbst organisiert werden.

Als Ärztin in Weiterbildung ergänzte Michler, dass die Idee zu diesem Antrag aus einer Initiative von Berliner Ärztinnen an der Charité entstanden sei. Dort habe man sich immer wieder die Frage gestellt, wie man sich in der Kammer engagieren könne. Sich für fünf Jahre in die Delegiertenversammlung wählen zu lassen, sei ihnen wenig attraktiv erschienen.

Man könne stolz darauf sein, dass in der Vergangenheit einige Innovationen von der Ärztekammer Berlin ausgegangen

seien, unterstrich Dr. med. Eva Müller-Dannecker (Fraktion Gesundheit) das Anliegen. Auch für sie sei es ein wichtiger Punkt, auf Eigenverantwortung zu setzen. Man könne die Dinge auch mal freundlicher und moderner gestalten: Man vergebe sich nichts, wenn man mal etwas „pilotiere“. Nicht zuletzt ginge es auch um die Wertschätzung der jungen Kolleg:innen. „Lasst uns einfach mal ausprobieren“, appellierte sie an die Versammlung.

Hierzu meldete sich Dr. med. Matthias Blöchle (Allianz Berliner Ärztinnen und Ärzte – MEDI Berlin – Virchowbund), Vizepräsident der Ärztekammer Berlin, zu Wort. Niemand habe etwas dagegen, mit jungen Kolleginnen und Kollegen ins Gespräch zu kommen. Ein Forum oder eine Agora sei ein offenes Konzept. Dies passe aber nicht zu der von der Fraktion Gesundheit in ihrem Antrag vorgesehenen Wahl von Sprecher:innen und Sprechern. Denn eine Wahl müsse zumindest in einer Art von Statut geregelt sein. Der Antrag verbinde etwas Informelles mit etwas Formellen. Dies sei nicht sinnvoll, so Blöchle. Sein Petition sei es daher, das Treffen der Sprecher:innen der Ärzt:innen in Weiterbildung auszubauen, statt mit einem Forum ein zusätzliches Event zu schaffen.

„Wir möchten ein Forum, in dem sich die Kolleg:innen selbst organisieren können. Ich bestehe nicht auf einer Wahl. Aber eine Ansprechperson sollte es schon geben“, antwortete Veelken. Das neue Gremium solle „niederschwellig und selbstverwaltet durch die Ärzt:innen in Weiterbildung“ sein. „Julian, was du haben willst, das haben wir. Oder wir hatten es zumindest vor der Pandemie“, merkte Thierse an und spielte damit auf das Treffen der Sprecher:innen der Ärzt:innen in Weiterbildung in Präsenz an. Er glaube nicht, dass man mit einem Forum mehr Leute erreichen könne.

Das bestehende Treffen wollen die Ärzt:innen in Weiterbildung aber nicht, sie fühlten sich davon nicht angesprochen, erklärte Arewa daraufhin. Man wolle sich die Themen nicht vorgeben lassen, sondern sie selbst setzen und um gesamtpolitische Aspekte erweitern. Daraufhin stellte Dr. med. Andreas W. Quurke (Allianz Berliner Ärztinnen und Ärzte – MEDI Berlin – Virchowbund) einen Antrag auf Schluss der Rednerliste, der mehrheitlich angenommen wurde.

Nachdem Marschner und Prof. Dr. med. Christof Müller-Busch (beide Fraktion Gesundheit) den Antrag ihrer Liste durch weitere Redebeiträge bekräftigt hatten, meldete sich Dr. med. Sandra Blumenthal (Hausärztinnen und Hausärzte in Berlin) zu Wort und erklärte, dass das bestehende Treffen nicht das Forum sei, das mit dem Antrag geschaffen werden solle. Es sei wichtig, sich zu fragen, über welche Wege man junge Ärzt:innen gewinnen könne. Das gelinge nicht über die Listen. Ihr Verband habe bereits gute Erfahrungen mit einem Forum gemacht, weshalb sie den Antrag unterstütze.

Müller-Dannecker nahm anschließend den Widerspruch von Blöchle auf und stellte einen Änderungsantrag. Es solle im Antrag nun heißen, „ggf. gewählte Sprecher:innen können als Ansprechpartner:innen fungieren“. Man sei gar nicht so weit auseinander, konstatierte Werner. Das Treffen der Sprecher:innen der Ärzt:innen in Weiterbildung war und ist für alle Themen offen. Die Strukturierung der im Vorfeld bei den Sprecher:innen abgefragten Themen für die dann virtuellen Treffen habe dankenswerterweise die Abteilungsleiterin Dr. med. Antje Koch übernommen. Werner plädierte dafür, den Namen des vorhandenen Formats zu ändern. Seines Erachtens müssten die Treffen auch nicht zwingend von Haupt- und Ehrenamt begleitet werden. Das Format könne in eine Selbstorganisation überführt werden.

Er sei dankbar für die Diskussion, so Bobbert. „Wir haben alle das gleiche Ziel. Wir sehen das Problem, dass jüngere Kolleg:innen weniger gewählt haben“, fuhr er fort. Diese Gruppe von Kammermitgliedern müsse aber dringend in den Gremien vertreten sein. Er verwies darauf, dass es wichtig sei, dass die Delegiertenversammlung ihrem selbst gesetzten Ziel, alle Gremien repräsentativ, generationenübergreifend zu besetzen, stets gerecht werde. Den vorliegenden Antrag der Fraktion Gesundheit werde er ablehnen, da er zwar das richtige Ziel verfolge, aber durch seine Formulierung den falschen Weg einschlage. Ein Forum für Ärzt:innen in Weiterbildung solle man definitiv schaffen. Dieses müsse aber niedrigschwellig und unkompliziert sein. Genau dies erfülle der Antrag aber nicht. Vielmehr schaffe er nur ein weiteres Gremium, das das eigentliche Ziel der Einbindung von Ärzt:innen in Weiterbildung in die Kammer nicht erreiche.

Im Verlauf der weiteren Diskussion fragte Dr. med. Laura Schaad (Marburger Bund) Arewa, ob sie denn schon mal bei einem Treffen der Sprecher:innen der Ärzt:innen in Weiterbildung gewesen sei? Dies verneinte Arewa. Dazu seien jedoch nicht nur alle Delegierten, sondern auch alle Ärzt:innen in Weiterbildung eingeladen, erwiderte Schaad. Die Themen würden im Vorfeld gesammelt und nicht vom Hauptamt vorgegeben. Rund 350 Ärzt:innen in Weiterbildung würden angeschrieben, an den virtuellen Treffen würde dann allerdings oft nur eine zweistellige Zahl teilnehmen. Auch sie habe den Austausch besser gefunden als er noch in Präsenz stattgefunden habe, daher solle das Treffen wieder mehr geöffnet werden. Sie plädiere dafür, die Dinge, die es schon gebe, zu bündeln und den Antrag gemeinsam neu zu schreiben.

Dr. med. Stefan Skonietzki (Allianz Berliner Ärztinnen und Ärzte – MEDI Berlin – Virchowbund) unterstützte Schaad und erklärte, dass man den Antrag gemeinsam in eine neue Form bringen müsse. Daraufhin meldete sich Prof. Dr. med. Jörg Weimann, D.E.A.A. (Marburger Bund) zu Wort und stellte einen Antrag auf Vertagung des Tagesordnungspunktes. Dieser

Antrag wurde angenommen. Vor der Abstimmung kamen unter anderem noch die Delegierten Prof. Dr. med. Tobias Tenenbaum (Marburger Bund) und Prof. Dr. med. Rajan Somasundaram (Marburger Bund) zu Wort. Niemand wisse, wie die Kommunikation mit jungen Kammermitgliedern verbessert werden könne, so Tenenbaum. Es fehle an Struktur und einer Methode. „Wer TikTok nutzt, erreicht die jungen Leute viel besser“, so sein Eindruck. Es müsse geprüft werden, welche anderen Möglichkeiten es noch gebe, die Leute zu erreichen.

Somasundaram schloss mit der Bemerkung, dass er die Diskussion als relativ erfrischend empfunden habe. Er wünsche sich jedoch ein ausführliches Konzept mit mehr Zielvorgaben und bitte die Fraktion Gesundheit, sich zu überlegen, wie ein Konzept erstellt werden könne, das alle mitnehme. Daher sei er auch für eine Vertagung des Themas. Für diese stimmten anschließend 18 Delegierte, 15 waren dagegen, 5 enthielten sich. Das Thema wird somit in der nächsten Delegiertenversammlung erneut aufgegriffen.

Die nächste Delegiertenversammlung findet am 4. September 2024 statt. /



Ole Eggert

Pressesprecher und Leiter der
Stabsstelle Presse / Gesundheitspolitik
Foto: André Wagenzik

Berichte, Anträge & Beschlüsse der Delegiertenversammlung

Lesen Sie in der Online-Dokumentation die Berichte, Anträge sowie die verabschiedeten Beschlüsse, Resolutionen und politischen Statements der Delegiertenversammlung:
→ www.aekb.de/dv-online-dokumentation